

# LINKE ruft zum Boykott israelischer Früchte auf



„Kauft nicht bei

Juden!“ – unter diesem Schlachtruf inszenierte das nationalsozialistische Regime 1933 [Boykotte jüdischer Geschäftsleute](#). Das darf man natürlich heute nicht mehr sagen, vor allem nicht, wenn man zwar Sozialist und Judenhasser, aber nicht national und natürlich fortschrittlich sein will.

*(Von Roland)*

Also hängt man seinem Antisemitismus flugs ein neues Mäntelchen um und nennt es „Antizionismus“ – dann kann man auch als „DIE LINKE“ in Bremen ideologisch sauber mit Schildern vor den Geschäften stehen und [zum Boykott israelischer Produkte](#) aufrufen, weil die Israelis ja die armen Palästinenser unterdrücken würden.

Was man über die Palästinenser wissen muss, findet man z.B. [hier](#). Erfreulicherweise waren es nur wenige „Aktivisten“ und sie mussten sich (v.a. wohl von sog. „Antideutschen“) auch Kritik anhören, allerdings muss man das Geschehen vor dem Hintergrund von massiven Boykottbestrebungen in ganz Europa sehen.

Die offensichtlichen Parallelen zu den Untaten der National-

Sozialisten ist auch den Sozialisten in Bremen aufgefallen, weshalb man wohl auf Uniformen verzichtete.

» Steinhofel.de: [Deutsche! Kauft nicht bei Juden!](#)

---



## Gaddafi lobt Deutschland für Feigheit



Die G8-Staaten hätten sich auf eine Flugverbotszone einigen wollen. Frankreich hatte sich für militärische Schritte ausgesprochen und Großbritannien hatte sich angeschlossen, doch Deutschland stellt sich quer: Außenminister Westerwelle erklärte, er sei nicht sicher, ob ein Flugverbot das Ziel erreiche: „Ich will nicht, dass Deutschland in einen Krieg in Nordafrika dauerhaft hineingezogen wird.“ Dafür gab's [zweifelhaftes Lob von Gaddafi](#), der Dank deutscher Hilfe weitermachen kann wie bisher und seinen Freunden dafür auch Entwicklungshilfe senden will:

Es sei gut möglich, dass Deutschland weiterhin libysche Aufträge bekomme.

Im Interview mit RTL-Reporterin Antonia Rados [erläutert Gaddafi](#), der die Unruhen in Libyen als „kleines Ereignis“ bezeichnet:

*„Die Deutschen haben uns gegenüber eine sehr gute Position eingenommen, ganz anders als viele wichtige Länder im Westen.“*

*Er könne sich deshalb vorstellen, dass Deutschland möglicherweise weiter Aufträge bekomme: „Die Deutschen haben eine verantwortliche Position eingenommen und die Deutschen sollten einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat haben, nicht Frankreich“, so Gaddafi.*

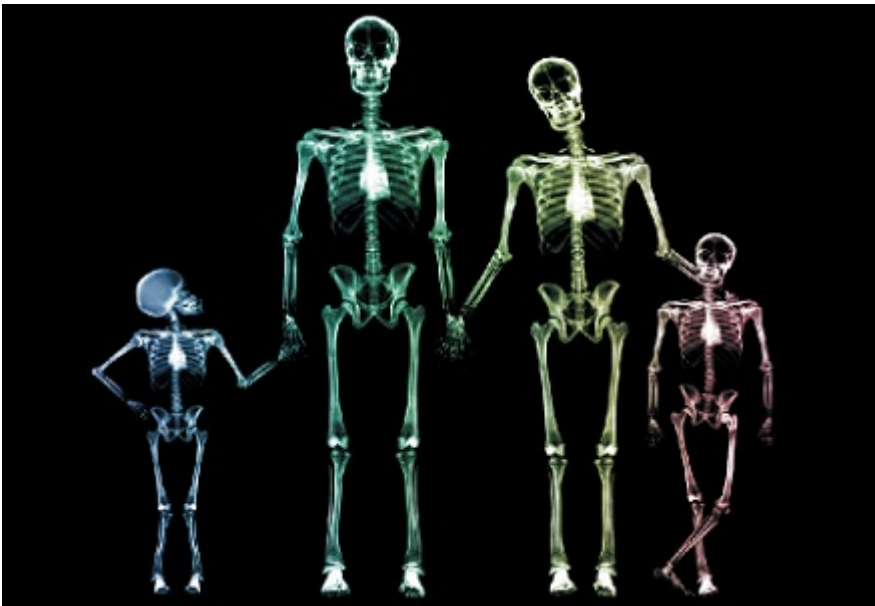
Frankreichs Präsidenten Sarkozy hält der Exzentriker Gaddafi für verrückt:

*„Er ist mein Freund, aber ich glaube, er ist verrückt geworden. Er leidet unter einer psychischen Krankheit. Das sagen die Leute, die ihm nahestehen. Seine Mitarbeiter sagen, er leide unter einer psychischen Krankheit.“*

Nie käme der Diktator auf die Idee, selbst der Verrückte zu sein. Auf die Reporterin wirkte er „sehr selbstsicher und ohne jede Selbstzweifel“.



# Nix wie weg



„Die [nominelle](#)

[Strahlenexposition der Bevölkerung](#) durch röntgendiagnostische und nuklearmedizinische Untersuchungen betrug im Jahr 2004 etwa 1,9 mSv pro Einwohner und Jahr. Damit resultiert die zivilisatorische Strahlenexposition der Bevölkerung in Deutschland in der Hauptsache aus medizinischen Strahlenanwendungen, insbesondere röntgendiagnostischen Maßnahmen.“

*(Von Schalk Golodkowski)*

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, schließen Sie die Fenster, es könnte eine [radioaktive Wolke](#) aus Japan hereinwehen. Und gehen Sie auf keinen Fall mehr zum Röntgen.

Liebe Japaner, meine Hochachtung, meine Zuneigung und meinen Respekt vor der Demut und Würde, mit der Sie die Auswirkungen des Erdbebens und des Tsunami und die Berichterstattung der deutschen Medien ertragen. Bitte bescheiden Sie meinen Antrag auf die japanische Staatsbürgerschaft positiv.

---

# Multikulti: Inspector Barnaby-Produzent gefeuert



Man will uns

„Eingeborenen“ in Europa offenbar per Staatsdoktrin auch noch unsere letzten medialen Rückzugsorte wegnehmen. Nicht anders ist die [Suspendierung des Erfinders](#) und langjährigen Produzenten der auch in Deutschland beliebten Krimiserie „Inspector Barnaby“. zu interpretieren. Brian True-May (Foto r.) hatte in einem Interview über die Serie geäußert: „Wir zeigen ganz einfach keine ethnischen Minderheiten, weil es dann kein englisches Dorf mehr wäre. Das würde nicht funktionieren.“ Er wolle, dass die Serie „die letzte Bastion des Englischen“ bleibe.

(Von Thorsten M.)

Darüber hinaus zeichnet sich die Serie auch sonst durch ein sehr ländliches Colorit aus. Viel grüne, gepflegte, englische Parklandschaft – einfach ein Stück „Good old England“. Auch sonst ist „Inspector Barnaby“ anders als die übliche angelsächsische Stangenware:

*Keine expliziten Sexszenen, keine drastische Gewalt, kein Fluchen: Im fiktiven Örtchen Midsomer, dem Schauplatz der beliebten TV-Krimiserie „Inspektor Barnaby“, geht es ruhig und gesittet zu.*

Doch auch der internationale Erfolg der Serie, die in 200

Ländern gezeigt wird, konnte das drastische Durchgreifen des Stammsenders von True-May, [ITV](#), nach dem Interview nicht verhindern. Nicht nur dass der Produzent suspendiert wurde, sondern man sei im Sender „schockiert über die Äußerungen von Brian True May, die von wirklich niemandem bei ITV geteilt werden“. Die von der TV-Station beauftragte Produktionsfirma All3Media will noch „Untersuchungen“ abwarten, bis sie „endgültige Konsequenzen“ ziehe. Dies scheint aber mehr oder weniger eine Formsache.

Wer Sender und Produktionsfirma noch zum Umdenken anregen möchte, kann dies z.B. mit nachfolgender Musterbeschwerde tun:

---

*To whom it may concern / Regarding the suspension of Brian True-May*

Dear Sir or Madam,

with consternation we heard about the suspension of producer Brian True-May because of his utterances concerning ethnical minorities which he refuses to show in the Inspector Barnaby crime series.

„Inspector Barnaby“ and all other crime series I know are fictional. Especially they do not display the real part immigrated criminals play. Consistently it should be also possible to show a rural society free from immigration, as it still exists in the provinces. Free from immigrated criminals and immigrants on the whole!

I like „Inspector Barnaby“ for this – and it is part of it s success story in Germany and about 200 other countries. Please preserve the series – and let Mr. True-May continue doing his excellent job.

Sincerely

...

- » [viewerservices@itv.com](mailto:viewerservices@itv.com)
- » [information@all3media.com](mailto:information@all3media.com)



# Deutschland nimmt Anteil an Katastrophe in Japan



Kurz vorm kollektiven Öko-Orgasmus in der Fukushima-Fankurve

(Karikatur: [Wiedenroth](#))



# Deutsches Schiff voller Waffen für Gaza



Die israelische Armee hat heute das einem Deutschen gehörende Handelsschiff „Victoria“ (Foto) auf seiner Route von Syrien über Zwischenstopp in der Türkei nach Alexandria in Ägypten vor der israelischen Mittelmeerküste aufgehalten. Der Frachter war [vollgepackt mit iranischen Waffen](#), die illegal in den Gazastreifen hätten geliefert werden sollen. Das Schiff wurde zur genaueren Untersuchung in den israelischen Hafen von Ashdod eskortiert. Die „Victoria“ war [unter liberianischer Flagge unterwegs](#).

» [Ausführlicher Hintergrundbericht auf Arol](#)

---





## „Der Islam ist eine Ideologie des Kampfes“



Diese Aussage stammt nicht von einem sogenannten „Islamophobiker“, sondern vom in Algerien geborenen Leiter der Pariser Großmoschee und ehemaligen Vorsitzenden der Muslime in Frankreich, [Dalil Boubaker](#) (Foto), geäußert in einem Fernsehinterview. Boubaker erklärt: „Der Islam darf nicht länger bloß als Religion betrachtet werden, sondern als gewichtiger politische Faktor unserer Zeit. ... Der Islam ist ein absolut sozio-politisches Phänomen.“

*„Er ist eine Ideologie des Kampfes, eine Ideologie der Aggression. ... Der Militantismus der Basis bewegt die Bevölkerung. ... Es gibt dort ein allgemeines Hineinschleudern, ein weltweites Abdriften. Es ist eine Ideologie des Kampfes, eine Ideologie der Aggression.“*

Den Originalwortlaut hören Sie hier:

(Spürnase: Cyber-résistant)

---

# Grüne fordern Türkisch statt Englisch in Kita



Die Hanauer Grünen-Politiker Monika Nickel und Stefan Weiß haben in einem Streitgespräch der Frankfurter Rundschau zur hessischen Kommunalwahl Türkisch- statt Englischunterricht in Kindergärten und Schulen gefordert. Integration sei keine Einbahnstraße, so die Argumentation der Hanauer Grünen, die sich darauf berufen, dass unter den 20 Prozent Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund die türkischstämmigen Hanauer die größte Gruppe bilden. „Es macht viel mehr Sinn: Die Kinder lernen eine Sprache und können sie gleich anwenden“, sagte Monika Nickel. Doch der Vorschlag stößt selbst bei Parteifreunden auf wenig Gegenliebe.

## [Die FR berichtet:](#)

*Sozialdezernent Axel Weiss-Thiel hält davon jedoch nichts „Im Kindergarten Türkisch lernen ist jenseits aller Fantasie“, kommentierte er im Gespräch mit der FR. Sicherlich werde in den Kitas dafür gesorgt, dass die Kinder sich untereinander über ihre Herkunft austauschen und verschiedene Kulturen kennen lernen. Aber dabei „macht man kein türkisches Vokabellernen“.*

*„Wichtig ist mir,“ sagt der Stadtrat, „dass die Kinder Deutsch lernen, damit sie sich hier verständigen können und einen guten Start in der Schule haben.“ Dafür gebe es an elf Standorten Sprachförderprogramme. Allerdings sieht Weiss-Thiel durchaus Bedarf, dass Kinder türkischer Herkunft auch beim Erlernen ihrer Muttersprache unterstützt würden, um Defizite in den Elternhäusern auszugleichen. Darüber hinaus schaue man sich Erfahrungen mit bilingualen Projekten an, aber konkrete Experimente mit Englisch existierten lediglich beim Familiennetzwerk in Steinheim.*

*Auch Srita Heide, Hanauer CDU-Kreistagskandidatin und selbst Migrantin indischer Herkunft, kann dem Vorschlag der Grünen nichts abgewinnen. „Hier sprechen wir über Integration in Deutschland. Das sollte motivieren, die deutsche Sprache zu lernen. Das hilft, hier sein Zuhause zu finden.“ Alle Kinder sollten nach ihrer Meinung in erster Linie eine Fremdsprache lernen, die sie im Leben voranbringt. „Das ist die Weltsprache Englisch.“*

*Auf Skepsis stößt die Hanauer Grünen-Spitze auch in der eigenen Partei. Daniel Mack, Vizechef der Grünenfraktion im Main-Kinzig-Kreistag reagierte im Internet-Kurznachrichtendienst Twitter: „Warum Grüne in Hanau für türkischen Fremdsprachenunterricht im Kindergarten plädieren, verstehe ich wirklich nicht.“*

Es scheint zumindest vereinzelt noch Grüne wie Daniel Mack mit gesundem Geisteszustand zu geben...

---



# Marine Le Pen besucht Lampedusa



Europas Politiker sitzen mitten in der „arabischen Revolution“ wie Kaninchen vor der Schlange „Nordafrikanische Einwanderung“ und hoffen nicht gebissen zu werden, solange sie sich selbst nicht bewegen.

*(Von Thorsten M.)*

Anders hält es die französische Vorsitzende des „Front National“, Marine Le Pen, der aktuell in so ziemlich allen Umfragen [deutlich über 20% der Stimmen](#) bei der 2012 anstehenden Präsidentschaftswahl vorher gesagt werden. Teilweise wird sogar für möglich gehalten, dass der amtierende Präsident Nicolas Sarkozy wegen ihr nicht in die Stichwahl kommen könnte. Ein Alptraum für die französischen Konservativen.

Marine Le Pen besuchte gestern in ihrer Funktion als Europabgeordnete mit ihrem Gefolge die als „Epizentrum der Einwanderung“ wahrgenommene italienische Insel Lampedusa. Empfangen wurde sie dort vom örtlichen Bürgermeister, Bernardino De Rubeis, der als Mitglied der für die Abspaltung

des italienischen Nordens engagierten und islamkritischen Lega Nord keine Berührungspunkte mit dem FN hat.

Nach der Besichtigung der Auffanglager für tausende Flüchtlinge erklärte Marine Le Pen ihre Unterstützung für den Bürgermeister auch bei etwas rüderen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf Lampedusa. Den Flüchtlingen gegenüber erklärte sie: „Ich habe viel Mitgefühl mit Ihnen, aber Europa hat nicht mehr die finanziellen Mittel, sie aufzunehmen.“

Währenddessen empören sich in Frankreich wenige Tage vor den Kantonalwahlen, die die letzte Wahl vor der französischen Präsidentschaftswahl sein werden, die üblichen Verdächtigen der politischen Linken. Die Vereinigung „France Terre d’asile“ („Frankreich Asylland“) beklagte den „Anti-Humanismus“ Le Pens, „der kein gesellschaftliches Projekt“ sei.

Dies hört sich freilich bei den französischen Konservativen von der Regierungspartei UMP mitunter schon anders an. So polterte in diesen Tagen die UMP-Abgeordnete Chantal Brunel in die Mikrofone, dass es nicht Le Pen sei, die politische Lösungen anzubieten habe, aber „die Mittelmeerflüchtlinge [müsse man] mit ihren Booten wieder aufs offene Meer hinaus [...] treiben“.

Heute wird Marine Le Pen noch in Rom mit italienischen Politikern zusammentreffen und sich bei einer Pressekonferenz zum Flüchtlingsproblem äußern.

(Quelle: [Le Point](#))

Videos (gefunden auf FdeSouche):

---

*(Hinweis: Gastbeiträge geben nicht zwingend die Meinung der Redaktion wieder. Wenn Sie selber einen Artikel beisteuern wollen, schreiben Sie uns: [info@blue-wonder.org](mailto:info@blue-wonder.org))*

---

# Bremer Senat bringt tollen Gutmenschenantrag



Kurz vor den Wahlen am 22. Mai hat sich der rot-grüne Bremer Senat noch einmal richtig bemüht, seinen Wählern aufzuzeigen, was diese in der nächsten Legislaturperiode von einer erneuten Auflage der Koalition von SPD und Grünen zu erwarten haben.

## [Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD:](#)

***Integration heißt Teilhabe ermöglichen und Lebensperspektiven gestalten***

*Deutschland ist ein Einwanderungsland, auch wenn gegenwärtig mehr Menschen Deutschland verlassen als zuwandern. Die jahrzehntelange Zuwanderung hat eine kulturelle, religiöse und gesellschaftliche Vielfalt geschaffen, die unser Land verändert hat. Diese Vielfalt ist eine der wesentlichen Ressourcen für die zukünftige Gestaltung unseres Bundeslandes. Integration bleibt damit eine der politischen Kernaufgaben in Bremen.*

*Grundlage und Rahmen des Umgangs mit gesellschaftlicher Vielfalt und den Problemen der Integration ist unsere demokratische Rechtsordnung, wie sie im Grundgesetz und in der Bremischen Landesverfassung verankert ist. Politische Positionen und Zielsetzungen, die auf die Ausgrenzung von*

Menschen mit Verweis auf angeblich naturhafte, einer Integration entgegenstehende kulturelle Unterschiede hinwirken, sind prinzipiell zurückzuweisen, weil sie zu Diskriminierung, Abschottung und zu tiefen Spaltungen der Gesellschaft führen.

Die Freie Hansestadt Bremen ist ein demokratisches Gemeinwesen, in dem Weltoffenheit und ein humanistisches Menschenbild historische Tradition haben. Sie sind Grundlage unseres politischen Wollens und Wirkens. Sie sind bestimmend für unsere Überzeugung, dass Chancengleichheit, und Respekt gegenüber allen Kulturen, Religionen und Lebensentwürfen, die ihrerseits Demokratie und Menschenrechte achten, selbstverständlich sein müssen.

Die großen Fortschritte, die auf dem Gebiet der Integration bereits erzielt wurden, fanden in der Diskussion der vergangenen Monate zu geringe Berücksichtigung. Integrationsprobleme wurden pauschal dem Unwillen oder einem unveränderbaren Entwicklungsstand der Migrantinnen und Migranten zugeschrieben. Benachteiligende soziale Faktoren, geringere Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund, Barrieren bei der Arbeitssuche und rechtliche Hindernisse, vorhandene Qualifikationen für den beruflichen Lebensweg zu nutzen, wurden zu wenig thematisiert.

Der Senat hat mit der Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen für die Jahre 2007-2011 die Grundsätze, Leitbilder und Handlungsziele für die bremische Integrationspolitik formuliert.

In der Überzeugung, dass Integration ein Prozess ist, der gemeinsam von der aufnehmenden Gesellschaft und den Einwanderinnen und Einwanderern entwickelt werden muss, hat die Bremische Bürgerschaft darüber hinaus zahlreiche integrationspolitische Initiativen und Maßnahmen auf den Weg gebracht:

- *Durch eine umfassende Schulreform wurde die Vielgliedrigkeit des Schulsystems aufgehoben und ein System aus Oberschulen und Gymnasien eingeführt, in dem alle Kinder gemeinsam miteinander erfolgreich lernen können.*
- *Durch einen Beschluss zur Stärkung der Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen durch Sprachförderprogramme für den schulischen und vorschulischen Bereich und eine Initiative zur Bildung und Ausbildung für Kinder und Jugendliche ohne gesicherten Aufenthaltsstatus wurden die Chancen von Kindern mit Migrationshintergrund zusätzlich verbessert.*
- *Durch eine Initiative, mit der der Senat aufgefordert wurde, eine Strategie zu entwickeln und umzusetzen, um mehr Migrantinnen und Migranten für das Lehramt und für soziale Berufe zu gewinnen.*
- *Durch einen Beschluss zur erleichterten Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen wurde im Rahmen der landesrechtlichen Möglichkeiten die Basis dafür geschaffen, dass Migrantinnen und Migranten in Bremen entsprechend ihrer wirklichen Qualifikation arbeiten können.*
- *Durch eine Initiative zur Stärkung des Umweltbewusstseins von Migrantinnen und Migranten wurde mittels zielgruppenorientierter Kommunikation das Bewusstsein für Umweltbelange gestärkt.*
- *Mit einem Beschluss für eine moderne, interkulturelle Verwaltung in Bremen, durch den der Senat aufgefordert wurde, weiter darauf hinzuwirken, mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen und in allen Bereichen zu beschäftigen und alle Bediensteten auf dem Gebiet der interkulturellen Kompetenz fortzubilden, Maßnahmen gegen Rassismus zu ergreifen und entsprechende Zielvereinbarungen mit Verwaltung und Eigenbetrieben zu schließen.*
- *Durch einen Beschluss zur stärkeren Nutzung der Potenziale von Unternehmerinnen und Unternehmern mit*



Migrationshintergrund wurde der Senat zu einer Verstärkung der Aktivitäten bei der Unterstützung von migrantischen Unternehmen aufgefordert.

- Durch die Aufforderung an den Senat, die Berichterstattung zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wieder aufzunehmen.
- Durch Maßnahmen zur besseren Integration geduldeter Migrantinnen und Migranten im Land Bremen und zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit im Umgang mit Flüchtlingen (Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, Bleiberechte für Roma und Angehörige anderer Minderheiten, Standards für die Passersatzpapierbeschaffung und Reisefähigkeitsbegutachtung, Abschaffung der Residenzpflicht, Serviceorientierung der Ausländerbehörde).
- Durch einen Beschluss für die Ausweitung des Recht auf Rückkehr für zwangsverheiratete Frauen und Mädchen.
- Und schließlich hat sich die Bremische Bürgerschaft dafür ausgesprochen, den sog. Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht aufzuheben, um Menschen die doppelte Staatsangehörigkeit zu ermöglichen.

Darüber hinaus ist daran gearbeitet worden,

- **die gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen und Migranten zu verbessern, hier insbesondere die Öffnung für die sogenannten Papierlosen.**
- die Lage von älteren Migrantinnen und Migranten mehr ins Blickfeld zu nehmen.
- **um das Wahlrecht auch für nicht EU-Bürgerinnen und Bürger einzuführen.**
- den Dialog über die Anerkennung des Islam als grundsätzlich gleichberechtigte Religion zu vertiefen.

*Angesichts der großen noch zu bewältigenden Aufgaben und in Fortführung der genannten Initiativen und Maßnahmen möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:*

*Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, weiterhin alle notwendigen Maßnahmen für ein besseres soziales und kulturelles Miteinander im Lande Bremen zu ergreifen und die erfolgreiche bremische Integrationspolitik weiterzuentwickeln.*

*Die Bürgerschaft (Landtag) wird auch künftig allen Versuchen, Menschen wegen ihres Migrationshintergrundes, wegen ihres religiösen oder kulturellen Hintergrundes oder ihrer Hautfarbe auszugrenzen, konsequent entgegenwirken und die Beachtung der Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz und in der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen verankert sind, Chancengleichheit in Schule, Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt sowie gleiche Teilhaberechte in allen gesellschaftlichen Bereichen und für alle Bremerinnen und Bremer sicherstellen.*

*Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt als eine der dringendsten Aufgaben Bremer Politik eine Integrationspolitik, die das Ziel verfolgt, die Gesellschaft zusammenzuführen, die Demokratie zu stärken und die Potenziale der kulturellen, religiösen und gesellschaftlichen Vielfalt zu nutzen.*

*Die Bürgerschaft (Landtag) betrachtet Integration als einen gemeinsamen Prozess zur Ermöglichung von Teilhabe und eigenverantwortlicher Gestaltung von Lebensperspektiven und wird diese Sichtweise weiterhin zur Grundlage ihrer Beschlüsse machen.*

***Dr. Zahra Mohammadzadeh, Mustafa Öztürk, Dr. Hermann Kuhn,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN***

*Sükrü Senkal, Karin Garling, Mustafa Güngör, Petra Krümpfer,  
Sirvan Cakici, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD*

Nach [aktuellen Umfragen](#) dürfen die rot-grünen Gutmenschen in Bremen sich erneut auf eine satte Mehrheit freuen!

» [PI-Gruppe Bremen: Aufruf zur Mitarbeit](#)